

Zeitschrift: Der klare Blick
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 2 (1961)
Heft: 3

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

sten habe «kein Recht» zur Bekämpfung des Kommunismus. Drittens wird die Jugend besonders empfindlich auf jene sich antikommunistisch gebenden, aber etwas anderes meinenden Argumente reagieren und mit einem neuen Trugschluss mutatis mutandis darauf kommen, dass der Kommunismus weder so gefährlich, noch so verwerflich sei, wie verkündet werde. In einigen Fällen wird der Antikommunismus vor lauter Differenziertheit zu einem reinen «Anti-McCarthyismus», mindestens so einseitig wie der bekämpfte «sture» Antikommunismus, aber einer Gefahr gegenüber, die verglichen mit der Weltgefahr des imperialistischen Totalitarismus von lächerlicher Geringfügigkeit ist.

Lehrgang

Es leuchtet ein, dass diese Punkte berücksichtigt werden müssen, und zwar sicherlich in den Mittelschuljahren, wenn der junge Mensch nicht nur am aufnahmefähigsten, sondern auch «organisatorisch» noch leicht erfassbar ist.

Die differenzierte Betrachtung des Kommunismus, die er verlangt, soll ihm zuteil werden durch die Vermittlung vermehrter Kenntnisse. Er wird dann weniger in Gefahr sein, sein Nichtwissen zum stolzen Ausgangspunkt falsch verstandener Duldsamkeit zu machen. Grosse (individuelle, kollektive — wissenschaftliche, künstlerische und wirtschaftliche) Leistungen im kommunistischen Bereich brauchen ihm weder verschwiegen noch verniedlicht zu werden. Sie rechtfertigen das kommunistische System ja so wenig wie der Versailler Palast den Absolutismus Ludwigs XIV.

Was die Fehler im eigenen Lager betrifft, die nicht gelehrt zu werden brauchen, so ist vor allem der Sinn für Proportionen zu wecken, der oft gerade bei der «Intelligenz» in erschreckendem Masse zu fehlen scheint. Man setze doch einmal den Schülern die These vor, dass die USA im Zweiten Weltkrieg «kein Recht» gehabt hätten, gegen den Millionenmord Hitlers

an den Juden einzugreifen, da in den Südstaaten verschiedentlich Neger in verbrecherischer Weise gelyncht wurden. Der Unsinn solcher Argumentation sollte es doch wirklich nicht so schwer haben, endlich einmal einzuleuchten. Die Parallelsetzung von Grössen ganz verschiedener Ordnung («Mit der Unterdrückung der Araber tun die Israeli das gleiche, was die Nazis mit ihnen selbst gemacht haben» oder «Der Marxismus-Leninismus ist im Osten genau so ein Tabu wie bei uns das Militär») führt zu einem völlig verzerrten Bild der historischen und politischen Wirklichkeit. Parallelschlüsse dieser Art sind bei der Jugend um so gefährlicher, als sie bei Abwesenheit von Grössenvergleichen logisch zu befriedigen scheinen und etwas so Pflegenswertes ansprechen und missbrauchen wie den jugendlichen Gerechtigkeitssinn.

Die kommunistische Weltgefahr ist eine zu ernste Sache, als dass sich dagegen eine unlautere Argumentation verantworten liesse. Beispielsweise die allzu leichtfertige Benützung des kleinen Wörtchens «rot» unter Inkaufnahme oder gar Gutheissung eines möglichen Missverständnisses (was selbstverständlich beispielsweise nicht davon abzuhalten braucht, zwischen «Nationalchina» und «Rotchina» zu unterscheiden, der Ton macht die Musik). Oder das Bestreben, jegliche bürgerliche Politik als Schaffung von Zuständen darzustellen, die den Umsturzplänen des Kremls nur nützlich sein könnten. Oder die gar zu simple Verdammung eines humanistischen Agnostikers als den Wegbereiter des marxistischen Atheismus. Oder die Bezeichnung des Katholizismus als Geistestotalitarismus, welcher «natürlich nur in gewisser Beziehung eine unbestreitbare Ähnlichkeit...» Wir dürfen es nicht soweit kommen lassen, den Kommunismus statt als wirkliche Gefahr, die uns alle bedroht, nur als willkommenes Argument zu sehen, den Gegner zu bekämpfen. Das Vorgehen ist uns selbst gegenüber töricht, der Jugend gegenüber aber unverantwortlich.

Militär

Jugoslawien

Politische Armeeschulung

Dieser Tage ist ein Dekret des Verteidigungsministeriums veröffentlicht worden, in welchem die Bedeutung der ideologisch-politischen Ausbildung von Offizieren in besonderen, ab März durchzuführenden «ausserordentlichen» Schulungskursen hervorgehoben wird. Die ausserordentlichen Schüler dieser Schule rekrutieren sich aus allen Offizieren, vom Leutnant- bis zum Oberstengrad. Das Statut eines solchen ausserordentlichen Schülers wird jener Offizier erhalten, der ein entsprechendes Gesuch geschrieben hat, das vom Oberkommando empfohlen und von der Verwaltung für moralisch-politische Erziehung genehmigt wurde. Die Schulung wird drei Jahre dauern. In dieser Zeit sollen die Schüler die Examen in sämtlichen Fächern gut bestehen sowie eine schriftliche Seminararbeit abliefern. Die Kommandos der militärischen Einheiten und Institutionen werden dem Schüler in jeder Beziehung alle möglichen Erleichterungen gewähren, damit sie den Anforderungen des Schulungsprogramms mit Erfolg ge-

recht zu werden vermögen. Nach Abschluss dieser ausserordentlichen Schulung erhalten die Offiziere ein Zeugnis. Das Programm umfasst die sechs Grundfächer: Moderne ideelle und politische Probleme; Wirtschaftsprobleme; Erziehung und Ausbildung; Moral in der Armee; militärisch-politische Probleme; Kriegsrecht. Die Verwaltung dieser Schule sorgt auch für einen möglichst engen Kontakt der Schüler mit dem militärischen Kommando, damit sie dessen wirkliche Bedürfnisse kennenlernen. («Narodna armija», 6. Januar 1961.) Tito will ein Armeekader, das sich auch politisch bewährt.

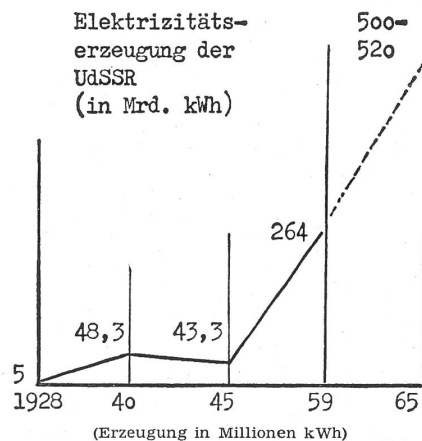
Misstrauisch und gewitzigt

Der Verkauf staatlicher Einfamilienhäuser an Private, wodurch öffentliche Geldmittel gewonnen werden sollen, geht in Ungarn nur sehr zögernd vorwärts. Von den 2298 Häusern, die der Budapester Stadtrat bis zum 1. Dezember für diesen Zweck bestimmte, wurden lediglich 720 Häuser verkauft. Die Bevölkerung steht dieser Aktion, die ja den kommunistischen Verstaatlichungspraktiken entgegengesetzt ist, äusserst misstrauisch gegenüber und fragt sich anscheinend, wann die Bezahlung mit einer neuen Verstaatlichung quittiert werde.

Wirtschaft

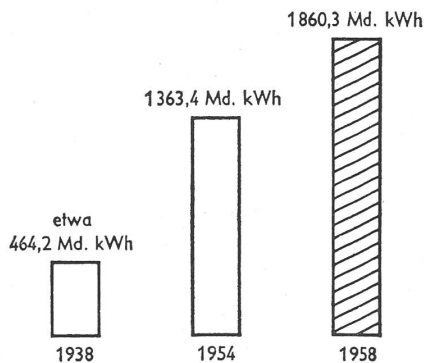
Welt-Energieerzeugung

Im Jahre 1958 betrug der sowjetische Anteil an der Weltstromerzeugung 12,4 Prozent. Dieser Anteil wird in den nächsten Jahren beträchtlich ansteigen. Der jetzige Siebenjahresplan sieht einen starken Ausbau des Energiesektors vor. Bis zum Jahre 1965 will man die Energieerzeugung im Vergleich zu 1959 fast verdoppeln, wie das nachstehende Diagramm in der «Sowjet-skaja Bjelorussija» vom Dezember zeigt.



Land	1958
Deutschland ¹	132 055
Bundesrepublik Deutschland ²	(97 183)
Mitteldeutschland («DDR»)	(34 872)
Schweiz (Wirtschaftsjahr)	16 878
Oesterreich	13 559
Vereinigte Staaten von Amerika	724 008
Sowjetunion	232 800
(12,4 Prozent der Welterzeugung)	
Grossbritannien und Nordirland	106 087
Kanada	96 744
Japan	83 100
Frankreich	61 800
Italien	45 207
Schweden	30 420
Norwegen	27 500
Chinesische Volksrepublik	27 500
Polen und Deutsche Ostgebiete unter polnischer Verwaltung	23 946
Südafrikanische Union ⁴	20 052
Tschechoslowakei	19 620
Spanien	16 310
sonstige Länder	182 714
Welt ³	1 860 300

¹ = West- und Mitteldeutschland; ² = einschl. Saarland; ³ = geschätzt, zum Teil ohne Eigenerzeugung industrieller Betriebe in Ländern, die in der obenstehenden Tabelle nicht genannt sind; ⁴ = etwa 95 Prozent der Gesamterzeugung.



(Aus «Der Fischer Weltalmanach 1961», Fischer-Bücherei, Frankfurt am Main.)

Wissenschaft

UdSSR

Akademischer Nachwuchs

Die starke Förderung der wissenschaftlichen Forschung, namentlich auf den Gebieten der technischen und der Naturwissenschaften sowie die besondere Stellung und Privilegien der Akademiker mit wissenschaftlichen Graden (Doktoren oder Kandidaten der Wissenschaften), haben nicht nur positive, sondern auch negative Auswirkungen auf das Niveau des akademischen Nachwuchses in der Sowjetunion. In vielen Fällen bildet die Dissertation einen Selbstzweck, weil der akademische Titel automatisch zu einem Lohnzuschlag führt.

Man darf dabei nicht vergessen, dass, im Gegensatz zu vielen westeuropäischen Ländern, in der Sowjetunion die überwiegende Mehrzahl der Hochschulabsolventen ihre Studien mit einer Diplomarbeit oder mit dem Staatsexamen abschliesst und dass verhältnismässig eine kleine Zahl von Spezialisten akademische Titel trägt, nachdem sie eine Kandidaten- oder Doktordissertation geschrieben und vor speziellen Kommissionen erfolgreich verteidigt haben.

Grundsätzlich sind in der UdSSR die Doktor- und Kandidatentitel nur für Personen reserviert, die sich hauptsächlich wissenschaftlich betätigen. Man muss bei dieser Gelegenheit feststellen, dass in der Regel ein Dokortitel in der Sowjetunion einen viel höheren Wert hat als z.B. bei uns in der Schweiz. Wenn z.B. in der Schweiz jeder Arzt neben dem Staatsexamen sozusagen automatisch (meistens nebenbei in den Ferien) eine Doktordissertation vorbereitet und dann den Titel Dr. med. trägt, ist in Sowjetrußland der Titel «Doktor der medizinischen Wissenschaft» ein äusserst seltener Titel, welchen nur diejenigen Ärzte tragen, die sich jahrelang mit wissenschaftlicher Forschung befasst haben. Es gibt aus den gleichen Gründen zahlreiche Professoren und Leiter von wissenschaftlichen Instituten, die diesen Titel nicht tragen.

In den letzten Jahren hat sich diese Situation allerdings etwas verändert, und den akademischen Titeln droht eine Abwertung, weil sie zu einem Lohnfaktor geworden sind und weil die von der Partei geförderte wissenschaftliche Konjunktur zur Herabsetzung der Anforderungen an die Dissertationen geführt hat.

In zahlreichen Presseartikeln werden jene Hochschulabsolventen scharf kritisiert, die nach der Verteidigung der Kandidatendissertation sich nicht mehr wissenschaftlich betätigen. Ebenso scharf wird auch die Thematik vieler Dissertationen kritisiert, weil es oft keine selbständigen Untersuchungen sind, sondern mehr oder weniger ausführliche Zusammenfassungen bekannter Tatsachen, oder Arbeiten von keinerlei praktischer Bedeutung sind.

Die Oberste Attestationskommission beim Ministerium für Hoch- und mittlere Fachschulbildung, die allein das Recht hat, die vom wissenschaftlichen Rat einer Hochschule gutgeheissene Dissertation zurückzuweisen, hat in den Jahren 1958 bis 1959 88 Doktorarbeiten und 252 Kandidatendissertationen zurückgewiesen. Das ist ein sehr hoher Prozentsatz, wenn man bedenkt, dass die gleiche Kommission im

Schuljahr 1959/60 im ganzen nur 710 Doktordissertationen bestätigte.

Die Bemühungen der Wissenschaftler und der Hochschulleiter gehen in zwei Richtungen: einerseits soll das hohe Niveau der Dissertationen erhalten und der akademische Titel gegen die Degradierung zu einem Lohnfaktor verteidigt werden; andererseits soll aber den jungen Spezialisten vermehrt Gelegenheit geboten werden, wissenschaftliche Grade zu erlangen. Die heutige Situation mit dem Durchschnittsalter der Doktoranden von über 50 Jahren kann nicht als normal bezeichnet werden.

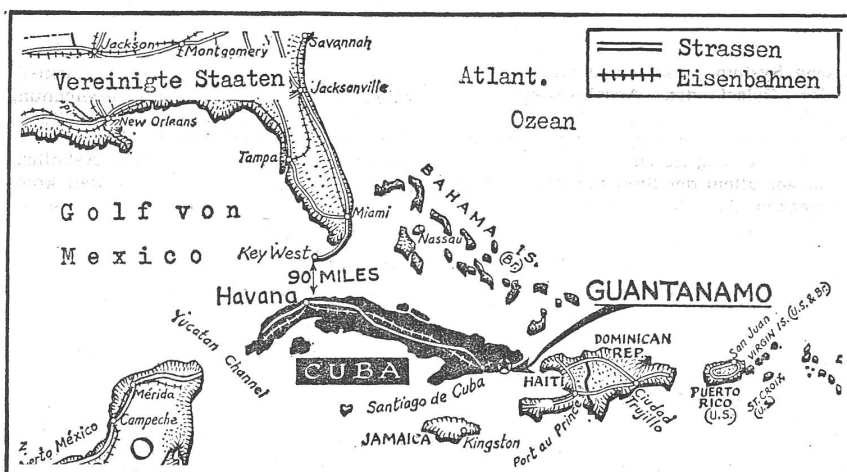
Entsprechend der allgemeinen Entwicklung, bzw. dem grossen Unterschied in der Entwicklung der angewandten Wissenschaften und der Humanwissenschaften in der UdSSR, ist auch die Zahl und die Qualität der Dissertationen auf dem Gebiet der Gesellschaftswissenschaften. Der sowjetische Hochschulminister Eljutin schrieb kürzlich in der Zeitung «Izvestija»: «Besondere Aufmerksamkeit verdient die Thematik der Dissertationen. Merkwürdigerweise gibt es gerade auf dem Gebiete der Geisteswissenschaft, die ja die Aufgabe haben, das Leben aktiv zu beeinflussen, viele Untersuchungen, die sich mit alten Zeiten befassen. Selten erscheinen originelle Untersuchungen über die grundsätzlichen theoretischen Pro-

bleme der Gegenwart. Ungenügend tief und vielseitig werden die Erfahrungen der Partei und des Volkes im Kampf für den Aufbau des Kommunismus studiert und beurteilt.»

Als sehr schlecht bezeichnet Eljutin die Thematik der Dissertationen auf dem Gebiete der pädagogischen Wissenschaften. Hier fehlt es vor allem an Themenauswahl und an der Koordination. Dies führt dazu, dass in den letzten Jahren 26 Dissertationen den pädagogischen Ansichten von M. I. Kalinin, 32 den pädagogischen Ansichten von A. S. Makarenko und 49 denjenigen von K. D. Ushinskij gewidmet waren.

Das Zentralkomitee der Partei und der Ministerrat der UdSSR fassten vor einiger Zeit einen Beschluss «Ueber Massnahmen zur Verbesserung der Qualität von Dissertationen sowie der Zuerkennung von akademischen Graden und Titeln». Darin werden die Massnahmen aufgezählt, die die Mängel beseitigen sollen, welche bei der Ausbildung und abschliessender Ueberprüfung der wissenschaftlichen und pädagogischen Kader noch vorkommen. Vor allem dürfen keine akademische Titel für Arbeiten zuerkannt werden, die keine theoretische und praktische Bedeutung haben.

In formell-administrativer Beziehung enthält der Beschluss die Weisung zur Reorganisation der Obersten Attestations-



Kennedys ungewisser Nachbar: Kuba

Staats- und Regierungsform: Demokratische Republik — Parlament aus zwei Kammern (Camara de Representantes und Senado), deren Mitglieder für vier Jahre gewählt werden. Wahlberechtigt sind alle über 20 Jahre alten Bürger. Wehrpflicht. Verwaltungsgliederung in 6 Provinzen. Staatsoberhaupt: Prov. Präsident Osvaldo Dorticos Torado (1959 ernannt). Regierungschef: Fidel Castro.

Parteien: Gruppierung verschiedenster Richtung, derzeit jedoch, von den Kommunisten abgesehen, keine eigentliche parteipolitische Aktivität. Die Wahlen von 1958 wurden 1959 für ungültig erklärt. Die gesetzgebenden Funktionen liegen vorläufig beim Kabinet, das ein provisorisches «Grundgesetz» erliess und mit marxistischer Tendenz regiert.

Bodenfläche: 114 524 Quadratkilometer.

Einwohner: 6 800 000 (Schätzung 1960).

Bevölkerung: rund 72 Prozent Weisse,

meist altspanischer Abstammung, über 14 Prozent Mulatten, mehr als 12 Prozent Neger. Staatssprache Spanisch, Englisch als Verkehrssprache wichtig. Religion: vorwiegend römisch-katholisch, kleine protestantische Gruppen.

Städte: Havanna (Hauptstadt) mit Vororten 1 189 000 Einwohner, Holguin 227 000 Einwohner, Camaguëy 191 000 Einwohner, Matanzas 180 000 Einwohner, Santiago 166 000 Einwohner, Santa Clara 150 000 Einwohner, Guantanamo 130 000 Einwohner, Cienfuegos 110 000 Einwohner, Sancti Spiritus 105 000 Einwohner.

Wichtige Ausfuhrgüter: Zucker (über 70 Prozent des Ausfuhrwertes), Tabak, Alkohol, Früchte, Gemüse, Mineralien, Edelhölzer.

Wichtigste Aussenhandelspartner: Japan, Grossbritannien, Bundesrepublik Deutschland und die UdSSR (USA bis 1960).

Mitgliedschaft: Uno und (bedingt) OAS.

kommission, deren Struktur den Forderungen einer gründlichen Ueberprüfung der Dissertationen nicht entspricht. Im Interesse einer besseren Beurteilung der Dissertationen werden Sektionen für einzelne Bereiche der Wissenschaften geschaffen, die über die Zuerkennung des akademischen Grades zu entscheiden haben.

Der Regierungsbeschluss enthält die Bestimmung, dass die Kandidatendissertationen erst drei Monate und die Doktor-dissertationen vier Monate nach ihrer Veröffentlichung von entsprechenden wissenschaftlichen Gremien zur Verteidigung angenommen werden dürfen. Eine weitere Bestimmung betrifft die öffentliche Verteidigung der Dissertationen. Sie müssen jetzt in der Regel nicht am Studienort des Bewerbers, sondern an anderen Hochschulen verteidigt werden.

Ein besonderer Teil des Regierungsbeschlusses ist den Dissertationen auf dem Gebiete der Geisteswissenschaften gewidmet, weil ihre Qualität, Thematik und Zahl unbefriedigend sind. Es ist aber sehr zweifelhaft, ob gerade auf diesem Gebiet, auf dem die volle geistige Freiheit noch mehr als bei den angewandten Wissenschaften die Bedingung für die schöpferische Tätigkeit ist, mit Regierungsbeschlüssen etwas erreicht werden kann.

Allgemein

«Fliegende Teller»

Zwei der grössten sowjetischen Zeitungen, «Pravda» und «Komsomolskaja pravda», veröffentlichten am 8. Januar Artikel, in welchen über die in der Sowjetunion zirkulierenden Gerüchte über beobachtete «fliegende Teller» berichtet und versucht wird, durch wissenschaftliche Argumente diese Gerüchte zu entkräften. Die Tatsache, dass diese Artikel am gleichen Tag erschienen sind, spricht dafür, dass es sich nicht um irgendeine Meldung handelt, sondern eine von oben dirigierte «Aktion», und die Einzelheiten der Artikel zeugen von einer starken Verbreitung der Gerüchte und von einer gewissen Besorgnis über den Massencharakter dieser Gerüchte.

Die Meldung über die Beobachtung der «fliegenden Teller» sind nicht auf einzelne Gebiete lokalisiert. Die geheimnisvollen Flugkörper sollen in verschiedenen Gegenden festgestellt worden sein: In den mittleren asiatischen Republiken sollen Insassen der Weltraumschiffe gesehen worden sein, und im hohen Norden wurde ein «fliegender Teller» photographiert.

«Pravda», die darüber etwas ausführlicher schreibt, führt die Entstehung der Gerüchte auf «falsifizierte Information» einiger «unverantwortlicher Referenten» zurück, die in Vorträgen in Moskau die Zuhörer über die «fliegenden Teller» als über eine feststehende Tatsache orientierten. Die sowjetischen Propagandisten verweisen auf die «Massenhysterie» im Zusammenhang mit den «fliegenden Tellern» in den USA vor einigen Jahren und bekräftigen eigene wissenschaftliche Argumentationen (es handle sich bei den Beobachtungen der «fliegenden Teller» um optische und atmosphärische Effekte ähnlich dem Regenbogen und der Fata Morgana in den Wüstengebieten) mit den Ergebnissen der Untersuchungen amerikani-

Neues Forschungszentrum

Nach Nowosibirsk und Irkutsk (KB, Nr. 46) wird nun auch in Riga ein sowjetisches Wissenschaftler-Städtchen errichtet. Hier soll eine Anzahl der lettischen Forschungsinstitute konzentriert werden. Das Institut für Bauwesen und Architektur sowie einige der 20 geplanten Wohnblöcke sind bereits fertig erstellt.

scherscher Wissenschaftler, die schon vor Jahren zu gleichen Schlussfolgerungen kamen.

Ratlos stellt «Pravda» fest: «Man könnte meinen, dass es keine Gründe mehr gibt zur Wiederbelebung unsinniger Gerüchte. Aber jetzt, einige Jahre später, sind wir Zeugen einer lebhaften Diskussion über die geheimnisvollen Teller und ihren kosmischen Ursprung. Und dieses Mal — in unserem Land...» Pravda wagt nicht, den Ausdruck «Massenhysterie» zu gebrauchen, aber es sieht danach aus. Auch wagt die Zeitung nicht, ihre früheren Erklärungen der Massenpsychose in den USA zu zitieren, weil sie diese damals durch die Enttäuschung der Menschen über das kapitalistische System, durch die Ungewissheit im Leben der Amerikaner und durch das Erwarten von Veränderungen erklärte. Wenn zwei dasselbe tun... In der Sowjetunion ist es anders. Hier entstehen die Gerüchte und die Massenhysterie angeblich auf Grund der Aeusserungen «unverantwortlicher Referenten». Die Zeitung erklärt allerdings nicht, wie solche unqualifizierte Personen als Referenten von der Gesellschaft zur Verbreitung der politischen und wissenschaftlichen Kenntnisse eingesetzt werden konnten.

Es ist bekannt, und der vorliegende Fall beweist dies von neuem, dass in der Sowjetunion die Gerüchte sich sehr stark und rasch verbreiten. Es ist auch bekannt, dass die Gerüchte sich immer dort verbreiten, wo eine sachliche, wahrheitsgetreue Information und Orientierung der Öffentlichkeit nicht gewährleistet ist.

Die Buchbesprechung

Der wiederentdeckte Mensch

Im Isar-Verlag, München, ist 1958 unter dem Titel «Der wiederentdeckte Mensch» ein Buch erschienen, das fünf Vorträge umfasst, die in der sozialdemokratischen Akademiker-Arbeitsgemeinschaft in München gehalten wurden. Die Entdeckung des Menschen in Politik, Medizin, in der mechanisierten Produktion, sowie die theologische Anthropologie und der Begriff des Menschen heute bilden die Themen dieser Vorträge, für welche die folgenden Autoren zeichnen: W. v. Knoering, Abgeordneter, Prof. Dr. T. v. Uexküll, Direktor der Medizinischen Universitäts-Poliklinik in Gießen, Dr. E. Schlink, Prof. für Systematische Theologie in Heidelberg, Dr. G. Friedmann, Prof. für Soziologie an der Sorbonne und Dr. Max Horkheimer, Prof. für Philosophie und Soziologie in Frankfurt.

In diesen Vorträgen geht es um die Sorge für die Erhaltung und Förderung des Menschlichen in einer Zeit, in welcher der Mensch in seiner Existenz bedroht ist. Für den Politiker ist die Entdeckung des Menschen in der Politik von schicksalhafter Bedeutung in der Auseinandersetzung zwischen West und Ost. Die Welt, so wie wir sie vorfinden, muss den menschlichen Werten untergeordnet werden. Der Mediziner betrachtet den Menschen von der soziologischen Seite her. Der Theologe ist der Ansicht, dass die christliche Anthropologie den Glauben an das Evangelium, dessen Wahrheit nicht bewiesen werden kann, voraussetzt. Der Mensch werde in Zukunft (im Zeitalter mechanisierter Produktion) — meint der Soziologe — genügend Freizeit finden, um in den Gewerkschaften und in sozialen Auseinandersetzungen seine Persönlichkeit zur Entfaltung bringen zu können. Aus philosophischer Perspektive wird die Aufgabe der europäischen Zivilisation darin erblickt, sich vermehrt um den Einfluss der Gesellschaft auf den Einzelmenschen zu kümmern.

Politik

Polen

Mit Moskau in einer Linie

«Głos Pracy» 7/8 1. 1. 61 beschäftigt sich unter dem Titel «Die Koexistenz und die Perspektiven des Sozialismus» hauptsächlich mit den Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit von Ländern verschiedener Wirtschaftssysteme. Der wirtschaftliche Wettbewerb zweier Systeme erfordere die friedliche Koexistenz. Die Entwicklung und Verbreitung der Kultur sowie die Förderung des Gesundheitswesens erfolgten bei der friedlichen Koexistenz in viel schnellerem Tempo als in der Epoche des Kalten Krieges. Infolgedessen bedeutete die friedliche Koexistenz und die wirtschaftliche Zusammenarbeit beider Systeme eine «Erweiterung des sozialistischen Selbstbewusstseins und die Vergrösserung der Sympathien der Menschen dem Sozialismus gegenüber».

«Das alles erlaubt uns, die Behauptung aufzustellen, dass wir mit unserem Kampf zur Entspannung der internationalen Lage gleichzeitig für die friedliche Koexistenz und die Festigung des Sozialismus in unsern Ländern kämpfen.»

Als beste Möglichkeit zur Verhinderung eines Krieges bezeichnete Chruschtschew am 6. Januar wie auch bei Abschluss der jüngsten Tagung des ZK die Politik der friedlichen Koexistenz bei gleichzeitig intensivem wirtschaftlichem, politischem und ideologischem Kampf zwischen dem «Proletariat und den aggressiven imperialistischen Kräften».

Handel und Gewerbe

Auf dem Aussterbe-Etat

In der «Trybuna Ludu» vom 11. Januar 1960 erschien ein längerer Artikel von Bronislaw Lewicki, der sich mit den Problemen der privaten Gewerbetreibenden befasst.

Der Berichterstatter erwähnt darin verschiedene Fälle, bei denen die privaten Gewerbetreibenden ihren privaten und öffentlichen Verpflichtungen nicht nachkommen. Sie bezahlen oft ihre Steuern und die Versicherungsgebühren nicht und seien mit den Lohnzahlungen im Rückstand. Der Verfasser greift aber auch die lokalen Volksräte an, weil sie sich um diese Angelegenheiten nicht kümmerten. Er zitiert Artikel 5 des Gesetzes «Ueber Lizenzen für Industrie, Handwerk und Gewerbe sowie gewisser Dienstleistungen in der nichtsozialistischen Wirtschaft» (1958), in welchem es heisst, dass solchen Personen die Lizenz weggenommen werden soll. Er weist darauf hin, dass sich in den Volksräten die Tendenz bemerkbar mache, die Werktätigen des privaten Gewerbes sich selber zu überlassen, wodurch 160 000 Personen ihren privaten Arbeitgebern ausgeliefert werden sollten. Auch die Gewerkschaften werden aufgefordert, sich zugunsten dieser Werktätigen der Angelegenheiten des privaten Gewerbes besser anzunehmen.

(Anmerkung: Die privaten Gewerbetreibenden werden sowohl mit Steuern wie auch mit Versicherungsgebühren überlastet. Eine Ausnahme bilden nur das für den Export produzierende Gewerbe, das sogar für staatliche Anleihen qualifiziert

werden kann [«Trybuna Ludu», 28. 9. 1958]. Die Versicherungsgebühren betragen 30% des Arbeitslohnes, die vom Arbeitgeber aufzubringen sind. Die Steuern gestalten sich wie folgt: Wenn ein privater Gewerbetreibender 1000 Zloty Steuer monatlich bezahlt und einen Arbeiter einstellt, beträgt die Steuer bereits 2705 Zloty, nach zwei Angestellten 3330 Zloty. Die Folgen dieser Steuerpolitik: auf eine Werkstätte entfallen 1,55 Beschäftigte (Eigentümer und Lehrling inbegriffen), 4,6 Gewerbebetriebe auf 1000 Einwohner, gegenüber 17,4 im Jahre 1938 («Zycie go spodarcze»).

Todesstrafe für Wirtschaftsdelikte

Die Todesurteile in Sonderverfahren für Wirtschaftsdelikte, die einen Verlust von über 50 000 Zloty nach sich ziehen, begründete der polnische Justizminister Marian Rybicki im Organ des Juristenverbandes (Prawo i zycie) mit der grossen Häufung von Wirtschaftsdelikten. (Siehe auch KB, Nr. 2.)

Curriculum der Woche

MICHAEL ALEXANDROWITSCH OLSCHANSKI

Zum neuen Landwirtschaftsminister der UdSSR als Nachfolger des abgesetzten Matskewitsch (KB, Nr. 1) wurde mit Olschanski, Vizepräsident der Allunionsakademie für Agrarwissenschaften auffälligerweise ein ausgesprochener Wissenschaftler ernannt.

Geboren 1908 in Sarny, Rovnoer Gebiet der Ukraine. Schlug nach Beendigung des Agrar-Technikums und der Hochschule für Selektion und Samenzucht die wissenschaftliche Laufbahn ein und beendigte 1932 die Aspiratur beim Allunions-Wissenschaftlichen Forschungsinstitut für Selektion und Genetik. (Ein Aspirant nimmt ungefähr die Stellung eines Hochschulassistenten bei uns ein. Nach drei Jahren kann der Stipendiat verschiedene Prüfungen ablegen und eine Dissertation/Habilitation einreichen.) Der wissenschaftliche Grad eines Kandidaten (ungefähr gleich Privatdozent) der Agrarwissenschaften wurde ihm für seine Arbeiten auf dem Gebiet der industriell verwertbaren Pflanzen verliehen. Nach einer Periode als Leiter der Abteilung für Industrieplanzen wurde er zum stellvertretenden Direktor und anschliessend zum Direktor des T. D. Lysenko Allunions-Wissenschaftlichen Forschungsinstitutes für Selektion und Genetik befördert. 1941 Präsident des Organisationsbüros der Ukrainischen Filiale der V. I. Lenin-Allunionsakademie der Agrarwissenschaften. Dann bis Kriegsende Leiter eines Landwirtschaftsinstituts. 1945 Rückkehr zum Forschungsinstitut für Selektion und Genetik, wo er bis 1951 als stellvertretender Direktor amtierte und einen Lehrstuhl innehatte. Seine Wahl zum Vizepräsidenten der Akademie für Agrarwissenschaften erfolgte 1951.

Mitglied der KP seit 1932. Erhielt für seine wissenschaftlichen Arbeiten zweimal den Stalinpreis, zweimal den Orden des Roten Arbeitsbanners, den Leninorden und verschiedene weitere Auszeichnungen. Ordentliches Mitglied der V. I. Lenin-Allunionsakademie der Agrarwissenschaften.

BRIEFE

Militär

Anonym in Zürich (laut Poststempel). Sie stellen in schlichter Formulierung die östliche und westliche militärische Aufrüstung einander gegenüber (und vermutlich einander gleich) und wollen unsere Meinung dazu wissen. Der Igel warf sein Stachelkleid ab, um dem Fuchs seine Friedfertigkeit zu beweisen. Preisfrage: Wer wurde gefressen? Ihrer Meinung, dass das «Militären» nicht alles sei, stimmen wir zu. Es braucht neben dem Waffendienst noch mindestens soviel geistige Aufklärung, dass die Unzulänglichkeit obiger Gegenüberstellung jedermann klar wird.

Die legitime Regierung in Laos

H. A. in Kreuzlingen. Betreffend KB, Nr. 1, «Unruheherde im Fernen Osten: Laos.» Dort hiess es: «Regierungschef Souvanna Phouma... Er hat die Regierungsbefugnisse in die Hände eines Generalstabes gelegt und ist... geflohen.»

Hier vermerken Sie einen Widerspruch, «denn ein Regierungschef, der seine Befugnisse an eine andere Instanz übergibt, ist nicht mehr Regierungschef». Da haben Sie den gesunden Menschenverstand auf Ihrer Seite, aber nicht unbedingt die Formalistik. Man kann Amtsinhaber sein, ohne das Amt faktisch auszuüben.

«Ausserdem ist der gegenwärtige, von Parlament und König anerkannte Ministerpräsident Prinz Boun Oum. Der Einwand, Boun Oum sei durch den Militärputsch General Phoumis zur Macht gelangt, ist nicht stichhaltig, weil Souvanna Phouma, ebenfalls nach einer militärischen Machtübernahme, von Hauptmann Kong Le in sein Amt eingesetzt wurde. (Aber die Regierungsbefugnisse übte er doch aus?) Da die damals gestürzte Regierung auf demokratischem Wege gebildet wurde, und ihr Verteidigungsminister General Phoumi den Kampf gegen die linksgerichtete Gruppe Kong Les aufnahm, lässt sich die Rechtmässigkeit der heutigen Regierung Boun Oum, in der Phoumi wieder Verteidigungsminister ist, leicht nachweisen. Ich glaube dass der KB in diesem Sinne die Regierung Boun Oum ‚anerkennen‘ sollte, obwohl verschiedene westliche Regierungen... diesen Schritt nicht zu tun wagen und dann zum Schluss wieder zwischen Stuhl und Bank fallen.»

Hier haben Sie neben Amerikanern sicherlich noch zahlreiche andere westliche Experten auf ihrer Seite. Für den «KB» ging es in seinen Kurzerläuterungen zur Kartenskizze nicht um eine politische «Anerkennung», sondern nur um konkrete Anhaltspunkte in einer verworrenen Situation (wie wir unter China aus rein sachlichen

Erwägungen, die uns wohl niemand als Sympathie zu Mao auslegen wird, nicht Formosa, sondern das kommunistische Festland verstehen). Die Entwicklung um Boun Oum wurde in der gleichen KB-Nummer auf der Weltnachrichtenseite beschrieben. Dazu diente die Karte samt Erläuterungen als Ergänzung. — Und noch besten Dank für den interessanten Beitrag. Red. KB

Wir danken auch jenen Lesern, welche uns auf Druckfehler aufmerksam machten oder uns weitere für den internen Gebrauch gedachte Anregungen zukommen liessen. Auf Briefe mit inhaltlich interessantem Diskussionsstoff wollen wir in Zukunft in dieser Rubrik gelegentlich eintreten.

Propaganda

Ost/West

Der Kalte Krieg im Äther

Nach Angaben der USIA (United States Informations Agency) haben sich die Propaganda-Sendungen der kommunistischen Staaten in den 12 Jahren von 1948 bis Ende 1959 um das Fünffache erhöht. Ihre Stationen senden jetzt fast 3000 Stunden wöchentlich in 55 Sprachen. Davon werden 975 Stunden von der Sowjetunion und 512 vom kommunistischen China ausgestrahlt. In der gleichen Zeit hat die USIA ihre eigenen Anstrengungen auf diesem Gebiet um das Zweieinhalbfache gesteigert und sendet gegenwärtig 565 Programmstunden in 36 Sprachen.

Seit der Suez-Krise 1956 sind die arabischen Länder und andere Staaten des Nah- und Mittelostens das Hauptziel der kommunistischen Propagandasendungen. Bisher haben die Kommunisten nur in bescheidenem Umfang Programme nach dem Schwarzen Afrika gesendet.

Tito, das Ausland und die Nachbarschaft

Die Internationale Agentur für Atomenergie hat den jugoslawischen Wissenschaftern für Nuklearenergie 89 Stipendien zur Verfügung gestellt, dank denen sie in den USA, der UdSSR, Frankreich, Kanada, Grossbritannien und der Schweiz weiter studieren können. («Oslobodjenje», 5. Januar 1961.)

In Skopje wurden zwei albanische Bürger zu strenger Haft verurteilt, die illegal die jugoslawische Grenze überschritten, sich bei den Behörden als Emigranten gemeldet hatten und die sich später als Agenten des albanischen Nachrichtendienstes erwiesen. («Oslobodjenje», 7. Januar 1960.)

Bitte umstehende Erklärung in verschlossenem, frankiertem Umschlag als Brief an

Administration

DER KLARE BLICK

Schweizerisches Ost-Institut
Postfach 1178, Bern-Transit

zu schicken.

Unser Memo

Ein Beispiel dafür, wie man die sich im eigenen Netz verstrickende Unwahrheit der totalitären

Welt (siehe Zitat S. 1) blossstellen kann, lieferten vor einiger Zeit Studenten bei einem Vortrag des sowjetischen Botschaftsrates Konstantin Awramow in Bern. Er sprach über die Entwicklung des Schulwesens in der UdSSR seit 1917 und die neue Schulreform. So lange er sein Referat vom Blatt las, konnte er die üblichen Propagandaschlager an den Mann bringen, aber in der Diskussion genügten einige klare und gut fundierte Fragen, um ihn völlig aus dem Konzept zu bringen. Wenn er es nicht vorzog, die Antwort überhaupt schuldig zu bleiben, antwortete er so abwegig, dass er einen nicht mehr propagandistisch zu nennenden Heiterkeitserfolg verzeichnete.

Einige der sachlichen Fragen, die den Botschaftsrat perplex liessen:

«1940 wurde die Einführung der Studiengelder (an den Mittelschulen) mit dem zunehmenden Wohlstand der Sowjetbürger begründet. Wie wurde nun 1956 die Einführung des kostenlosen Unterrichts begründet?»

«In der letzten Ausgabe der Sowjetischen Enzyklopädie findet man keine Hinweise auf Schukow, Malenkow, Kaganowitsch u. a. m. Wie steht es mit den Geschichtslehrbüchern? Werden sie auch jeweils neu herausgegeben, oder müssen die entsprechenden Stellen nur überklebt werden?»

«Die „Komsomolskaja Prawda“ berichtete, dass 1958 in Leningrad 4300 Studenten entlassen wurden. Wie werden solche Massenausschlüsse praktisch durchgeführt? Ist die akademische Leitung dafür zuständig, oder gibt es spezielle Abteilungen, die über die politische Gesinnung der Studenten wachen? Welche Art von Entgleisungen führen zum Ausschluss von einer Hochschule?»

«Die neue Schulreform wurde grösstenteils durch die Notwendigkeit der Erziehung der Jugend zur Arbeit begründet. Wie kommt es, dass 40 Jahre nach der Gründung des Arbeiterstaates spezielle Massnahmen zur Erziehung der Jugend zur Arbeit ergriffen werden müssen?»

«Die sowjetische Presse spricht oft vom schädlichen Einfluss der bourgeoisen Ideologie auf die sowjetische Jugend. Auf welchem Wege erreicht die bürgerliche Ideologie die sowjetische Jugend?»

Es brauchte eigentlich nicht allzuviel, um einen sowjetischen Botschaftsrat in die Enge zu treiben, und es würde auch nicht

allzuviel brauchen, um vielen andern kommunistischen Agenten die schönsten Klischees aus der Form zu bringen. Aber immerhin zeigt das Beispiel auch, wie wertvoll für eine solche Auseinandersetzung das Studium der kommunistischen Quellen und Kenntnisse der Materie sind. Und selbstverständlich hätten die Studenten ihre Fragen nicht anbringen können, wenn sie sich nicht hibemüht und im Saale nicht aufgestanden wären.

Der Schnappschuss

«Kommunist Tadschikistana» beschreibt ein Leninabader Gemeinschaftshaus, in dessen 72 Zimmern 269 Arbeiterinnen wohnen: An den Türen der Schlafräume sind Täfelchen befestigt mit der Aufschrift «Zimmer der kommunistischen Lebensweise».

Der Vizestaatsanwalt von Tadschikistan beklagt sich darüber, dass von neuen, noch nicht zugeteilten und manchmal nicht einmal ganz fertiggestellten Wohnungen ganz einfach eigenmächtig Besitz ergriffen werde. Da sollte die Polizei eingreifen, aber sie hat es schwer, denn zu den Sündern gehören Polizeioffiziere.

Eine neue Illustration zum Thema Nebengewirtschaften (KB, Nr. 2): Die Hofstellen der Slowakei, die acht Prozent der LPG-Nutzfläche ausmachen, liefern laut «Vystavba sozializmu» 35 bis 40 Prozent der Milch- und Fleischproduktion und 70 Prozent der Eier- und Geflügelproduktion. Die nicht gerade auf der Hand liegende Schlussfolgerung der Zeitung: Nebengewirtschaften sind schädlich, weil man in Grossbetrieben viel produktiver arbeiten kann als in Kleinbetrieben.

Das ungarische Gewerkschaftsblatt «Nepszava» hält es für nötig, die anscheinend verbreitete Ansicht energisch zu demontieren, dass das Land beim Aussenhandel mit Sowjetunion den Kürzeren ziehe.

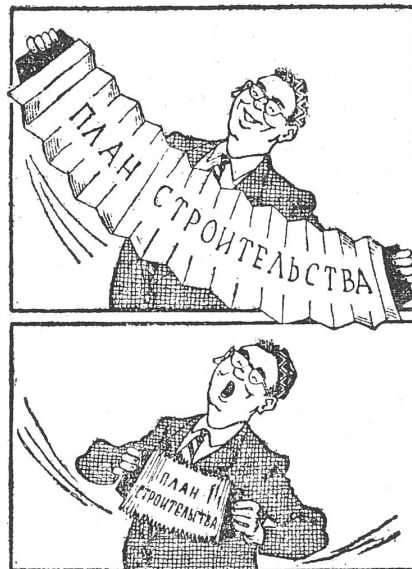
Milchpulver ist in Warschau nur gegen Rezept in Apotheken erhältlich. Grund: Die Molkerei-Industrie verfügt nicht über die zur Verpackung notwendigen Schweissgeräte.

«Der Literaturkritiker ist immer auf der Suche nach Lebenswärme und zärtlicher Aussprache. Er erstrebt gelassenes Dulden von allem, was das Leben bringt. So entsteht seine kalte und manchmal zynische Erläuterung der Kunst.» Tode Colak in der «Knjizevne Novine», Belgrad.

Bauprogramm gepresst

Neben dem Landwirtschaftsprogramm ist es in der Sowjetunion hauptsächlich das Bauprogramm, das weit hinter den Plansollnormen zurückgeblieben ist (KB, Nr. 1, 1961, Nr. 48, 1960). Das gilt sowohl für Industriekonstruktionen als auch für öffentliche Gebäude (Klubs, Schulen) und Wohnhäuser. Den Unionsrepubliken, welche Nichterfüllung des Wohnbauplanes zu melden haben, hat sich neuerdings auch Armenien angeschlossen.

Sowjetische Karikaturen über dieses Thema sind häufig. In der Darstellung der «Stroitelnaja Gasjeta» wird das Bauprogramm zur Ziehharmonika, aus der jetzt die gepresste Luft mit einem Misston entweicht. «Jämmerliche Musik in den Ohren der Arbeiter» lautet die Bildunterschrift. Immerhin unterscheidet sich unser Beispiel von den meisten thematisch verwandten Darstellungen in einem recht wichtigen Aspekt. Die Kritik richtet sich näm-



lich sonst fast immer gegen ein konkretes Versagen, für das ein relativ untergeordneter Verantwortlicher zu finden ist. Hier aber wird unverhüllt an hoher Stelle ausgesetzt.

«Mysterien der Schweizer Banken»

Unter diesem Titel griff «Narodne novine» das Blatt der jugoslawischen Werktätigen in Ungarn, das schweizerische Bankwesen in einem längeren Artikel an. Das von allen übrigen Ländern abstechende absolute Bankgeheimnis sei besonders für amerikanische Gangster, lateinamerikanische Diktatoren (im Amte oder — wie Batista — abgesetzt) und Kriegsverbrecher anziehend. Besonders schmutzige Geschäfte seien während des Weltkrieges getätigt worden. Auch hätten sich die Schweizer Banken Gelder zahlreicher Nazi-Opfer einverleibt, ebenso Vermögen entmachteter politischer Persönlichkeiten. Bei dieser Gelegenheit erinnert sich das Blatt sogar Ex-König Peters von Jugoslawien. Er sei fest davon überzeugt, dass sein Vater, König Alexander, eine grosse Geldsumme auf einem Bankkonto in der Schweiz hatte. Aber alle Versuche zur Rückerlangung des Geldes seien vergeblich.

Abonnementserklärung

Der Unterzeichnete bestellt die Wochenzeitung «DER KLARE BLICK»
für ein Vierteljahr zu Fr. 6.-*)
für ein halbes Jahr zu Fr. 11.-*)
für ein Jahr zu Fr. 20.-*)

Bitte Blockschrift!

Name _____

Adresse _____

*) Gewünschtes bitte unterstreichen.

Postscheckeinzahlungen gelten auch als Abonnementserklärung.